



Die Recherchen zu Preppern aus Mecklenburg-Vorpommern führten zu einem Untergrundnetzwerk, dessen Kopf damals Soldat war beim Kommando Spezialkräfte, einer Eliteeinheit der Bundeswehr. Das Bild zeigt Angehörige des KSK bei einer Nachtübung
Foto: Hannibal Hanschke/reuters

burg zum G20-Gipfel als Reservist einsetzen lässt, schickt er Marko G. ein Foto und schreibt: „Hier kommt keine Zecke durch ...“ Ihm werden die Waffen entzogen.

Und das ist nur Mecklenburg-Vorpommern.

Frühjahr 2021. Der Prozess gegen den Soldaten Franco A. beginnt vor dem Oberlandesgericht Frankfurt. Die Bundesanwaltschaft wirft ihm die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat nach Paragraph 89a Strafgesetzbuch vor, er soll sich zeitweise als syrischer Flüchtling ausgegeben haben, auch bei ihm wurden Listen mit Daten von politischen Gegner:innen gefunden.

Franco A. nutzt den Prozess als Bühne: In seinen Aussagen inszeniert er sich als besorgter Bürger, der sich vor Gefahren schützen will. Er erwähnt Hannibals Chatgruppe Süd von sich aus. Er erzählt, was er in seinem Keller gelagert hat: einen Stromgenerator, Kanister mit Diesel und Benzin, Alkohol, stangenweise Zigaretten, militärische Essensrationen, Wasserkanister, einen Weltempfänger. Munition und Sprengkörper aus Bundeswehrbeständen hatte er zwischenzeitlich bei Freunden versteckt, die deshalb in abgetrennten Verfahren vor Gericht standen – als Einzeltäter.

Er habe einen Dritten Weltkrieg zwischen Russland und dem Westen befürchtet, behauptet Franco A. Immer wieder spricht der Anfang 30-Jährige von Wahrsagungen und einem drohenden Bürgerkrieg, fast schon obsessiv wiederholt er antisemitische Stereotype – von der jüdischen Weltverschwörung, die die USA kontrollieren und eine „Vermischung der Völker“ vorantreiben würde. Auch die angeblichen

„

„Ich hab gerade ein bisschen Gefallen an Soldatenmusik ... wenn du verstehst was ich meine“

Ein Polizeioberkommissar in einer Chatgruppe der rechtsextremen Gruppe „Nordkreuz“

islamistischen Schläfer, die sich überall in Europa versteckt hielten, erwähnt er. Im Prozess gab Franco A. zu, dass er sich mehrere Waffen illegal besorgt hatte – darunter ein Schnellfeuergewehr G3. Das Gericht hält es für belegt, dass er eine Tiefgarage in Berlin ausspähte, in dem das Auto von Anetta Kahane geparkt war, der langjährigen Vorsitzenden der Amadeu-Antonio-Stiftung.

Im Juli 2022 schließlich verurteilt das Oberlandesgericht Frankfurt Franco A. zu fünfeinhalb Jahre Haft. Das Gericht sieht es als erwiesen an, dass Franco A. aus seiner rechtsextremen Gesinnung heraus einen Anschlag geplant hat, der „bestimmt und geeignet“ ist, die Sicherheit Deutschlands zu beeinträchtigen. Einen konkreten Tatplan stellte das Gericht nicht fest. Für eine Verurteilung nach Paragraph 89a Strafgesetzbuch braucht es das auch nicht. Es reichen Franco A.s seit Jahren gefestigte rechtsextreme, völkische und rassistische Gesinnung, die Waffen und Munition, die Auswahl von Zielpersonen. Und die feste Entschlossenheit, so das Gericht, zur Tat zu schreiten.

Franco A.s Einbindung in das Hannibal-Netzwerk wurde am Rande in der mündlichen Urteilsverkündung erwähnt. Aber eine Frage war da kein Thema: Wie Franco A. an die Munition aus Bundeswehrbeständen gelangte. Ebenso wenig ist klar, wo sich Franco A.s Waffen heute befinden. Er hatte im Prozess behauptet, er habe sie entsorgt.

Frühjahr 2022. Zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren veröffentlichten das Bundesinnenministerium und das Bundesamt für Verfassungsschutz einen Lagebericht über Rechtsextremist:innen und Reichsbürger:innen in Sicherheitsbehörden. Dem Hannibal-Netzwerk widmet das Mi-

nisterium darin eine ganze Seite – und nennt es sogar explizit: Es verdeutliche „das besondere Bedrohungspotenzial rechtsextremer Netzwerkstrukturen“, wenn ausgerechnet diese Spezialkräfte ihre Fähigkeiten „für Selbstermächtigungsfantasien und gegen die Rechtsordnung zu nutzen“ versuchten.

Gerade einmal dreieinhalb Jahre zuvor, im November 2018, hatte der damalige Präsident des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) noch behauptet, politisch motivierte Gewaltbereitschaft spiele in der Bundeswehr keine Rolle – just zu dem Zeitpunkt, als *Focus* und tazunabhängig voneinander zum ersten Mal über das Hannibal-Netzwerk berichteten. „Insbesondere haben wir bisher keine extremistischen Netzwerke entdeckt“, so der inzwischen abgelöste Christof Gramm. Der tatsächlichen Lage näherte sich der Bundeswehrgeländedienst erst über die Jahre an. Im Herbst 2019 antwortete MAD-Chef Gramm mit „ja“ auf die Frage nach rechtsextremen Netzwerken und im Juni 2020 bejahend, wenn auch vage: Man finde sehr wohl problematische „Netzwerke und Strukturen“.

Man kann nur dort etwas sehen, wo man richtig hinschaut. Auch Jahre später arbeiten noch Männer bei der Bundeswehr, die Hannibals Chatgruppen – das Fundament des Netzwerks also – mitgegründet haben. Sie gelten als ausgezeichnete Soldaten.

Das Hannibal-Netzwerk hat eine weitere Sicherheitslücke offenbart: Rechts-extremisten, die sich als Reservisten Zugang zur Bundeswehr verschaffen können. Sie bewegten sich in einer Zuständigkeitslücke der Geheimdienste. Je nachdem, ob sie gerade Zivilisten oder als Soldaten tätig waren, war mal der Verfassungsschutz und mal der

MAD für sie zuständig – und im Zweifel schaute niemand hin. Das hat sich erst 2017 geändert. In einer „AG Reservisten“ tauschen sich die verschiedenen Geheimdienste nun über die Problemfälle aus, informieren sich gegenseitig. Zuletzt, im Jahr 2022, bearbeiteten sie dort 621 Fälle, bei den meisten ging es um Rechtsextremismus.

Herbst 2023. Einiges hat sich also seit Beginn unserer Recherche vor sechs Jahren verändert. Neben den konkreten Maßnahmen – zu denen mit Paragraph 126a Strafgesetzbuch ein neues Gesetz gehört, das das Erstellen von sogenannten Feindeslisten unter Strafe stellt – scheint es zumindest etwas mehr Sensibilität zu geben: Es gilt nun nicht mehr als undenkbar, dass es Staatsfeinde in Uniform gibt.

Auch bei uns hat sich viel getan. Wir waren damals ein kleines Team bei der taz, inzwischen arbeiten die meisten von uns bei anderen Medien. Bis heute erreichen uns Hinweise. Und vor einiger Zeit hat uns jemand einen ganzen Karton voll mit Devotionalien aus dem Hannibal-Netzwerk geschickt: Krawatten, Orden, Ehrenurkunden eines Vereins namens Unter e. V., in dem sich Männer aus den Chatgruppen organisierten – und der inzwischen vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Wir haben ein Netzwerk aufgedeckt, das viele zunächst nicht für gefährlich hielten. Heute ist es eine Referenz, wenn es um die Frage geht: Wie groß ist die Gefahr durch Rechtsextremist:innen in deutschen Sicherheitsbehörden?

Die Arbeit geht weiter. Der zweite NSU-Untersuchungsausschuss in Mecklenburg-Vorpommern wird sich mit Nordkreuz beschäftigen. Das Disziplinarrecht für Bundesbeamte:innen soll reformiert werden, so sollen strafrechtliche Verurteilungen etwa bei Volksverhetzung schneller dazu führen, dass Beamte:innen ihren Job verlieren. Auch das Waffengesetz soll noch einmal verschärft werden.

Anfang Juni 2023 schicken wir eine Anfrage an die Staatsanwaltschaft Rostock. Was ist eigentlich aus den Ermittlungen zu den Datenabfragen geworden, die Haik J. und der zweite Beschuldigte für ihre Feindeslisten gemacht haben sollen? Die Antwort der Staatsanwaltschaft Rostock: Das Verfahren wurde eingestellt. „Im Zuge der Ermittlungen konnten Sinn und Zweck von Abruf/Auflistung/Beschaffung der Daten nicht geklärt werden.“

Hört man genauer hin, wenn militante Rechte Pläne schmieden, fällt das Stichwort „Tag X“ inzwischen häufig: Es geht um den Tag, an dem die verfassungsgemäße Ordnung zerfällt. Man kann das als rechtsextremen Akzelerationismus beschreiben. Der Begriff leitet sich von „acceleration“, Englisch für Beschleunigung, ab. Rechtsterroristische Gruppen aus den USA haben die Theorie der Gewaltspirale international salonfähig gemacht; sie gehen davon aus, dass die westlichen Staaten kollabieren werden, weil sie korrupt und nicht mehr zu retten sind. Dieser erwartete Untergang soll beschleunigt werden. Es geht darum, Unruhe zu stiften, für Chaos zu sorgen, einen Bürgerkrieg aktiv herbeizuführen.

Was dann kommen soll, ist unspezifisch. Klar ist nur: Es wird nationalistisch sein und nur für Weiße. Und klar ist auch: Eine Gruppe wie Nordkreuz kann sich jederzeit wieder im Süden, Osten, Westen zusammenfinden – vielleicht sogar mit denselben Leuten. Sie heißt dann wohl nur anders.

Sebastian Erb ist heute Redakteur im Ressort Investigative Recherche der *Süddeutschen Zeitung*.

Martin Kaul arbeitet als Reporter für das investigativ-Ressort des WDR.

Alexander Nabert ist investigativer Reporter für BR Recherche/BR Data.

Christina Schmidt ist Redakteurin im Ressort Investigative Recherche und Daten von *Zeit und Zeit Online*.

Daniel Schulz ist taz-Redakteur im Ressort Reportage & Recherche.

Dieser Text ist in einer längeren Version erschienen im Sammelband: „Staatsgewalt. Wie rechtsradikale Netzwerke die Sicherheitsbehörden unterwandern“, herausgegeben von Heike Klefner und Matthias Meisner, Herder Verlag.